

DieBasis Berlin, Bezirksverband Spandau  
c/o GSH Berlin GmbH  
Brunsbütteler Damm 116  
13581 Berlin

An die  
Regierende Bürgermeisterin von Berlin  
Frau Franziska Giffey  
Senatskanzlei, Jüdenstraße 1  
10178 Berlin.

(Die-Regierende-Buergermeisterin@senatskanzlei.berlin.de)  
Nachrichtlich: die Gesundheits senatorin, Frau Ulrike Gote (ulrike.gote@senwpgg.berlin.de)  
Per Brief und Mail

Berlin, den 15. Dezember 2022

Werte Frau Giffey,

wir sind entsetzt und irritiert, daß Sie wider besseres Wissen immer noch an der Maskenpflicht im ÖPNV und im Gesundheitswesen festhalten. Aus den Kategorien der Vernunft heraus ist diese Entscheidung nicht nachvollziehbar, wenn man den Blick auf andere (Bundes-)Länder richtet.

Da das Tragen von Masken spätestens nach Frau Merkels Auftritt in der Bundespressekonferenz am 21. Januar 2021 als politische Maßnahme entlarvt worden ist, fordern wir Sie dazu auf, diese politische Willkür sofort und unverzüglich zu beenden.

Sie wissen, daß die von Ihnen vorgeschobene „Inzidenz“, die angeblich steigen soll, seit mehr als einem Jahr nicht mehr als aussagefähig bezüglich der „Maßnahmen“ beurteilt worden ist.

Sie wissen, daß die Maskenpflicht insbesondere bei Kindern schwere Verhaltensauffälligkeiten bzw. -störungen, schwere Lernverzögerungen und schwere Störungen in der gesamten kindlichen Entwicklung nach sich zogen.

Sie wissen, dass die aktuelle Krankheitswelle auf ein u.a. durch das Maskentragen und durch die „Maßnahmen“ verursachtes geschwächtes Immunsystem trifft.

Sie wissen, dass durch die Masken und die damit verbundene Co2-Rückatmung erhebliche Vergiftungssymptome auftreten, die als Körperverletzung zu werten und deswegen justiziabel sind.

Sie wissen, dass nicht zu erklären ist, warum so gut wie weltweit keine Maskenpflicht besteht, ohne daß besondere Krankheitswellen zu beobachten sind.

Sie wissen auch, dass Schweden ‚recht gehabt‘ hat.

Demzufolge fordern wir Sie auf, Ihre folgenschweren unwahren Behauptungen endlich einzugestehen, sich nicht länger durch weitere aberwitzige evidenzfreie ‚Begründungen‘ herauszureden, endlich Verantwortung für den Schaden, der durch die von Ihnen beförderten „Maßnahmen“ entstanden ist, zu übernehmen, diese demzufolge sofort zu beenden, um weiteren Schaden zu begrenzen, und letztendlich

die von Ihnen malträtierten Menschen um die längst überfällige Entschuldigung zu bitten.

Mit Grüßen

Der Vorstand von DieBasis Bezirksverband Spandau